

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF) anlässlich der Europawahl 2019



1. Inwieweit tritt Ihre Partei für eine Stärkung der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen ein (University Lifelong Learning (ULLL))? Welche Bedeutung räumen Sie der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in Europa ein?

Die wissenschaftliche Weiterbildung ist einer der wichtigsten Punkte bei der Entwicklung von EU-Programmen. Sie ist auch Teil der Bemühungen um Exzellenzuniversitäten, die eine besondere Stellung im neuen Erasmus+ Programm einnehmen sollen. Wir GRÜNE machen uns seit Jahren für Lifelong Learning stark und schließen hierbei das ULLL ein.

2. Durch welche Initiativen oder Maßnahmen wollen Sie die wissenschaftliche Weiterbildung an den europäischen Hochschulen stärken? Zielen Sie darauf ab, die wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen in Europa weiter auszubauen?

Unser Ziel ist es, allen Bürger*innen die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Weiterbildung zu geben. Die EU-Programme ermöglichen überwiegend Mobilität, die komplementär zu den nationalen Bildungsprogrammen fungieren. Wir drängen auf mehr Trainings sowie Weiterbildung an Universitäten aber auch professionellen Einrichtungen. Hierfür möchten wir das Budget für Erasmus+ vervierfachen.

3. Die Verstetigung der wissenschaftlichen Weiterbildung ist sinnvoll nur mit einer soliden Finanzierung zu leisten. Welche erfolgreichen Finanzierungsmodelle des ULLL sehen Sie für Europa?

Die EU kann sich vor allem um den Austausch von Erfahrungen und Best Practices zwischen den Universitäten einsetzen. Wir GRÜNE streiten dafür, Aus- und Weiterbildung als eine der Prioritäten in das neue ESF+ Programm aufzunehmen. Darüber hinaus fordern wir eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die Programme Horizont Europa und Erasmus+.

4. Die Entwicklung von Angeboten der wissenschaftlichen Weiterbildung ist zum Teil kostenintensiv. Inwieweit sehen Sie die Förderung von Modellvorhaben und deren Nachhaltigkeit in den entsprechenden EU-Programmen abgebildet (Erasmus+, Key Action 2, 3)?

siehe 3. Um einen nachhaltigen Erfolg der EU-Programme zu garantieren, fordern wir ihre erhebliche finanzielle Aufstockung.

5. Die an deutschen Hochschulen geläufige Unterscheidung zwischen grundständiger Bildung (i.d.R. gebührenfrei) und Weiterbildung (i.d.R. gebührenpflichtig) ist nach Bologna ohnehin nur noch bedingt trennscharf, wenn man die biografischen Bedürfnisse der Menschen in Betracht zieht. Bezogen auf Europa steht Deutschland mit dieser

Bildungspolitik alleine da. Wie beurteilen Sie in diesem Rahmen die Finanzierungspolitik in anderen Ländern in Bezug auf die wissenschaftliche Weiterbildung?

Die Höhe der Kosten für Bildung liegt in der Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten. Die EU-Programme zielen daher darauf ab, mehr Menschen eine Weiterbildung zu ermöglichen.

6. Die politisch gewollte Öffnung der Hochschulen für weitere Personengruppen setzt entsprechende Bildungsformate und -angebote voraus. In welcher Form gedenken Sie z.B. das berufsbegleitende und das berufsorientierte Studium (VET) zu unterstützen bzw. zu fördern?

Wir haben uns in den Budget-Verhandlungen zum neuen Erasmus+ Programm für einen größeren Anteil des Budgets für VET starkgemacht, um komplementär zu den Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten einen größeren Beitrag zum berufsbegleitenden oder berufsorientierten Studium zu leisten (z. B. durch Stellen für Praktika).

7. Neue Anforderungen in der Weiterbildung setzen neue Organisationsformen voraus. Wie positionieren Sie sich gegenüber der Einführung und Praktizierung von Franchise Modellen oder Hochschulausgründungen wie etwa „GmbH“-Lösungen in Deutschland? Sind diese konkurrenzfähig mit der europäischen Praxis?

Wir möchten, dass die Universitäten ihre Kontakte zum wirtschaftlichen und sozialen Umfeld vertiefen. Allerdings sehen wir Bildung, Ausbildung und Weiterbildung als einen öffentlichen Dienst an, der er so weit wie möglich bleiben sollte. Aus dem Aus- und Weiterbildungssektor ein Geschäft zu machen, das rein auf Rentabilität abzielt, unterstützen wir nicht.